

Ärzeschaft

Diabetologen mahnen Nachbesserungen bei Reformplänen an

Freitag, 13. September 2024



/Halfpoint, stock.adobe.com

Berlin – Mit einer Petition – und mehr als 90.000 Unterschriften – will der Bundesverband niedergelassener Diabetologen ([BVND](#)) die Politik überzeugen, das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) nachzuschärfen. Der Verband kritisiert, dass die Auswirkungen des Gesetzes auf die Versorgung chronisch erkrankter Menschen im derzeitigen Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Vor allem die geplante Umstellung von Quartalspauschalen auf Jahrespauschalen für die Versorgung von chronisch erkrankten Menschen sowie die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Auszahlungskriterien der Vorhaltepauschalen stoßen bei Diabetes-Verbänden auf Kritik.

„Der derzeitige Entwurf des GVSG bedroht die Existenz vieler diabetologischer Schwerpunktpraxen und damit ganz unmittelbar die künftige Versorgung von chronisch und schwer an Diabetes erkrankten Menschen“, sagte die stellvertretende BVND-Vorsitzende, Iris Dötsch, bei der Übergabe der Petition ans Bundesgesundheitsministerium.

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft ([DDG](#)) sieht durch den Entwurf die Zukunft diabetologischer Schwerpunktpraxen gefährdet. Inzwischen lebten mehr als neun Millionen Menschen in Deutschland mit Diabetes und jährlich erkrankten etwa 500.000 Menschen neu.

DDG-Vorstandsmitglied Tobias Wiesner bezeichnete es als „inakzeptabel“, dass die Politik die medizinische Versorgung dieser Menschen aufs Spiel setze, weil die erforderliche leitliniengerechte Behandlungsintensität und -qualität nicht

mehr vergütet werden könne.

Auch DiabetesDE – Deutsche Diabetes-Hilfe sorgt sich um die künftige Versorgung von Diabetespatienten. Die Menschen mit Diabetes forderten mehr Respekt für ihr tägliches Diabetes-Management und die engmaschige Versorgung in den Diabetespraxen, sagt Nicole Mattig-Fabian, Geschäftsführerin von DiabetesDE. © *hil/sb/aerzteblatt.de*